Deutscher Bundestag **Drucksache 14/953**
14. Wahlperiode
04. 05. 99

Entschließungsantrag
der Fraktion der PDS

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300, 14/760, 14/601 bis 14/621, 14/622, 14/623, 14/624 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit ihrem ersten Haushalt setzt die rot-grüne Bundesregierung auf der Ausgabenseite gegenüber der CDU/CSU-F.D.P.-Vorgängerregierung einige zustimmungsfähige neue Akzente. Insgesamt reichen jedoch die neuen Ansätze nicht aus, um den Einstieg in einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu einer ökologischen und sozialen Erneuerung und zu einer wirksamen Zurückdrängung der Massenarbeitslosigkeit – wie in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 10.November 1998 angekündigt – zu sichern und dauerhaft zu machen.

1. Zu den positiven Akzenten im Haushaltsentwurf für 1999 gehören neben der Verstetigung der aktiven Arbeitsmarktpolitik die öffentliche Finanzierung eines Programms zur beruflichen Bildung und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für 100000 junge Leute. Die Stabilisierung der Bundesleistungen für den Aufbau Ost und auch der Start in ein Programm zur Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ sind Schritte in die richtige Richtung. Gleiches trifft für die Erhöhung der Ausgaben für den Hochschulneubau zu. Mit solchen Vorhaben wird versucht, an Versprechen aus dem Wahlkampf anzuknüpfen.

   Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit den aufgestockten Mitteln beispielsweise für aktive Arbeitsmarktpolitik bzw. den Aufbau Ost kaum innovative Wege bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit beschritten bzw. Impulse für einen selbsttragenden Aufschwung in den neuen Ländern ausgelöst werden. Eingefahrene Gleise werden im wesentlichen nicht verlassen.

   Trotz des aufgelegten Sonderprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gehen die insgesamt für die Kinder- und Jugendarbeit vorgesehenen Mittel gegenüber dem Vorjahr zurück.

   Eine Finanzierung zahlreicher 1999 aufgestockter Ausgabenposten wird in den Folgejahren nicht wiederholbar sein. Es handelt sich um Einmalmaßnahmen im ersten Jahr der Regierungsübernahme. Die Spielräume für diese Ausgaben sind teilweise von Zufälligkeiten geprägt. So

werden Erlöse aus 1998 durchgeführten Privatisierungen von Bundesvermögen, die nicht mehr verbucht werden konnten, nur 1999 und danach nicht wieder zur Verfügung stehen.

2. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf werden nicht im entferntesten die Voraussetzungen geschaffen, um gewichtige Wahlversprechen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf sozialem, wirtschaftlichem und ökologischem Gebiet einzulösen.

   So bleibt die Einstellung von Mitteln für die überfällige Anhebung des Wohngeldes aus. Die in letzer Minute zusätzlich bereitgestellten 180 Mio. DM für die Förderung erneuerbarer Energien (damit insgesamt 200 Mio. DM) und der verhaltene Start des 100000-Solardächer-Programms setzen für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, auch schon für den Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung, ein äußerst schwaches Signal.

   Den kleinen und mittelständischen Unternehmen wird die angekündigte öffentliche Unterstützung nicht zuteil. Absatzhilfen sind drastisch reduziert worden und die für die Forschungs- und Technologieförderung angesetzten Mittel liegen weit unter den Erfordernissen. Das bedeutet Verzicht auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zugleich bergen die Ausgabenkürzungen für Personal, Zuwendungsempfänger, für Subventionen und selbst für Investitionen die Gefahr künftiger Arbeitsplatzverluste.

   Die von SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Oppositionszeiten geforderte BAföG-Strukturreform wird 1999 nicht in Angriff genommen. Für die Fortsetzung der ausgelaufenen Programme zur Integration ostdeutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stehen nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

   Keine Linderung bringt der Haushalt 1999 für den finanziellen Notstand der Kommunen. Es ist weder eine arbeitsplatzschaffende Investitionspauschale vorgesehen, noch werden die Kommunen von der Last der Sozialhilfeausgaben für Langzeitarbeitslose befreit.

3. Andererseits wahrt die rot-grüne Bundesregierung gegenüber der Vorgängerregierung absolute Kontinuität bei den Rüstungsausgaben. Der von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN während ihrer Oppositionszeit heftig attackierte Eurofighter 2000 wird angeschafft und der Kauf weiterer Rüstungsgüter, die nicht für den Verteidigungsfall notwendig sind, im Haushalt festgeschrieben. Die Verkleinerung der Bundeswehr – im vergangenen Jahr noch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert – steht nicht mehr zur Debatte. Die Bundesregierung setzt die Militarisierung der Außenpolitik fort, statt verstärkt Mittel für die friedliche Konfliktlösung und die Friedensforschung einzustellen.

4. Auf innenpolitischem Gebiet hält die Bundesregierung trotz des Anwachsens rechtsextremer und fremdenfeindlicher Handlungen und Straftaten an den Haushaltsansätzen der früheren Bundesregierung fest. Die Mittel für Vertriebenenverbände wurden sogar aufgestockt. Mit hohem materiellen Aufwand wird die technische Perfektionierung der Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und des Repressionsapparates fortgesetzt.

5. Auf der Einnahmenseite birgt der Haushalt erhöhte Risiken. Bereits jetzt ist absehbar, daß die von der Bundesregierung erwarteten Einnahmen aus der Steuerreform und der Ökosteuer angesichts immer weiterer Zugeständnisse an die Großindustrie nicht eintreten können. Die Wirtschaftsentwicklung flacht ab. Die den Haushaltseinnahmen zugrunde

gelegten Wachstumsprognosen sind unsicher und werden von Bundesregierung sowie Wirtschaftsforschungsinstituten nach unten korrigiert. Massenarbeitslosigkeit und Pleitewellen von Firmen halten auch 1999 an.

6. Der Puffer zwischen der geplanten Nettokreditaufnahme sowie den vorgesehenen öffentlichen Investitionen – als Kriterium für die Verfassungskonformität des Haushalts – ist mit 4,7 Mrd. DM zwar stärker als in den Vorjahren, es besteht jedoch die Gefahr, daß er im Haushaltsvollzug erheblich schrumpft. Den größten Unsicherheitsfaktor bilden die noch unkalkulierbaren Kosten des Kosovo-Kriegseinsatzes der Bundeswehr sowie der Kursverfall des Euro gegenüber dem US-Dollar. Eine erhebliche Aufstockung ist bei Mitteln für die humanitäre Hilfe auf dem Balkan und die Aufnahme weiterer Vertriebener/Flüchtlinge aus dem Kosovo erforderlich. Wiederaufbauhilfen gegenüber Jugoslawien sind im Haushaltsentwurf überhaupt nicht veranschlagt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit dem Bundeshaushalt 1999 Signale für eine neue Politik zu setzen, indem zusätzliche Mittel für folgende über die Ansätze der Bundesregierung im Haushaltsentwurf hinausgehenden Schwerpunkte und Maßnahmen eingestellt werden:

   - Einrichtung eines Sonderprogramms zur Finanzierung fester Planstellen in der Kinder- und Jugendarbeit unter Einbeziehung des Jugendsports und der Jugendkulturarbeit. Im Mittelpunkt steht der Erhalt der personellen Ausstattung von Projekten der Kinder- und Jugendarbeit, der Erhalt der Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe und die Förderung der Jugendsozialarbeit, der Jugendverbandsarbeit, auch von kleinen Mitgliedervereinen und -verbänden. Das Sonderprogramm soll von Bund und Ländern finanziert werden, wobei der Bund die Personalkosten in Höhe von 800 Mio. DM und die Länder die Sachkosten in Höhe von 266 Mio. DM übernehmen sollten. Für die einzelnen Länder ergeben sich dann differenziert bezogen auf die alten Bundesländer von 3820 Stellen in Nordrhein-Westfalen bis 140 Stellen in Bremen und für die neuen Bundesländer von 1800 Stellen in Sachsen bis 480 Stellen in Mecklenburg-Vorpommern.
   - Einstieg in den „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ und in „Gemeinwohlorientierte Betriebe“ durch Förderung von Modellprojekten mit Bundeszuschüssen für interessierte Bundesländer (+ 40 Mio. DM).
   - Start von Modellprojekten zur Förderung der Energiewende und des ökologischen Umbaus, insbesondere zur Nutzung alternativer Energien, zur Entsiegelung von Flächen vor allem im Verkehrsbereich sowie zur Vernetzung regionaler Wirtschaftsstrukturen (beispielhaft in der Region Uecker-Randow/Mecklenburg-Vorpommern).
   - Finanzierung eines neuen Modellprojekts „Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung und Frauenbeauftragte“. Durch eine Vernetzungsstelle soll die kontinuierliche und systematische Zusammenarbeit der Gleichstellungsstellen und Gleichstellungsbeauftragten in den Bundesländern gewährleistet und die Kontaktvermittlung zu anderen frauenrelevanten Institutionen gewährleistet werden.
   - Weitere Aufstockung der Mittel für die Ausgestaltung des neuen Programmteils „Soziale Stadt“ als Beitrag zur Sicherung sozialverträg-

lichen Wohnens. Die Gelder dafür können u.a. durch den Verzicht auf den noch umstrittenen ersten Bauabschnitt der Bundesautobahn A 17 Dresden–Prag sowie den überflüssigen Schleusen- und Havel-Ausbau in Brandenburg erschlossen werden;

2. im Haushalt eine Ausgabenumschichtung bzw. Reduzierung von offensichtlich falsch eingesetzten Mitteln vorzunehmen, wodurch Projekte finanziert werden können, für die gegenwärtig Geld fehlt. Dies soll u. a. erfolgen durch

   - den Ausstieg aus den Verträgen zum Eurofighter 2000, wie es die SPD vor der Bundestagswahl angekündigt hat. Die Entwicklung kostete bereits über 8 Mrd. DM. Die Beschaffung wird weitere 30 Mrd. DM verschlingen. 1999 sind 1,2 Mrd. DM im Haushaltsentwurf enthalten. Einschließlich der zu erwartenden Betriebskosten wird es somit ein 100-Mrd.-DM-Projekt. Künftige Haushalte werden für 16 Jahre im voraus belastet;

   - den Verzicht auf Neuentwicklungen und -beschaffungen von Waffen, wie z. B. des Luft-Luft-Lenkkörpers (METEOR) mittlerer Reichweite mit 40 Mio. DM im Jahr 1999. Die Bundeswehr wird bereits als Interventionsarmee ausgerüstet, obwohl eine Kommission „Zukunft der Bundeswehr" eingerichtet wurde, die Vorschläge erst erarbeiten soll;

   - den Verzicht auf Prestigeobjekte wie den Transrapid, für den im Haushaltsplan 335 Mio. DM vorgesehen sind, und die Förderung der Personenraumfahrt, veranschlagt mit 289 Mio. DM;

   - die Sicherung der Ausgabentransparenz des Bundeshaushalts, indem Titel für ein- und denselben Ausgabezweck nur in einem Einzelplan statt an vielen Stellen veranschlagt werden (z. B. Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas, Ausgaben für Sachverständige, Unterstützung von Spätaussiedlern, Finanzierung des Transrapid, humanitäre Leistungen);

3. durch folgende Maßnahmen im Haushalt 1999 Einnahmeverbesserungen zu sichern:

   - unverzügliche Verbesserung der personellen Ausstattung von Steuerfahndung und Betriebsprüfung u.a. durch Übernahme der in Ausbildung befindlichen Anwärterinnen und Anwärter. Dadurch ließe sich noch im laufenden Jahr ein zusätzliches Steueraufkommen von bis zu 10 Mrd. DM erzielen;

   - sofortige Abschaffung der Steuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe, wodurch dem Bund jährlich mindestens 500 Mio. DM entgehen;

   - unverzügliche Beendigung der Verschwendung von Steuermitteln, wie sie insbesondere durch den Bundesrechnungshof aufgedeckt wurde. Das betrifft z. B. den sorgfältigeren Umgang mit bundeseigenen Grundstücken und Immobilien, einschließlich des von der DDR übernommenen Grundvermögens, wodurch sich die Einnahmen 1999 noch um rd. 1 Mrd. DM verbessern ließen;

   - schnelle Prüfung und evtl. Streichung der zusätzlichen Vergünstigungen für Besserverdienende, die von Bonn nach Berlin umziehen; kostengünstige und umweltfreundliche Abwicklung der Bonn-Berlin-Fahrten für Pendler mit der Deutschen Bahn sowie Verzicht auf den U-Bahn-Bau zum Reichstagsgebäude in Berlin;

- Wiedererhebung der Vermögensteuer bei reformierter Bemessungsgrundlage, wodurch rd. 9 Mrd. DM in die Länderkassen fließen könnten. Die Mittel können zur Kofinanzierung des Länderanteils an oben aufgeführten Projekten verwendet werden;
- Auflösung der restlichen Bundes-Rohölreserve, sobald der Barrel-Preis 18 US-Dollar erreicht.

Bonn, den 3. Mai 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion